

esse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 e - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 nteresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 teresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 eresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -

INTERESSE

2014/2

Soziale Information Nr. 2

Herausgegeben vom
 Sozialreferat der Diözese Linz

Tahrir – Taksim – Majdan: Gespaltene Gesellschaften

Drei Orte des Umsturzes

Die Namen dreier Plätze – einer in Ägypten, einer in der Türkei und der dritte in der Ukraine – rückten in den vergangenen Jahren in den Blickpunkt der medialen und nicht nur politisch interessierten Öffentlichkeit, alle drei Plätze waren/sind mit unterschiedlichen Hoffnungen, Erwartungen oder Befürchtungen verbunden.

Zunächst war es der Tahrir-Platz in Kairo, der Platz der Freiheit, von dem aus der Sturz Hosni Mubaraks 2011 seinen Ausgang nahm. Euphorisch war damals vom Arabischen Frühling die Rede. Einem Frühling, der in anderen (nordafrikanischen) Ländern, z.B. Tunesien oder Libyen, ebenso proklamiert wurde. Kurz wurde der Eindruck erweckt, dass alles was zum Sturz der herrschenden Diktatoren bzw. Autokraten unternommen wurde, auch legitim sei.

Etwas später, 2013, wurde es in der Türkei unruhig. Im Gezi-Park, unmittelbar neben dem Taksim-Platz, sammelten sich zunehmend mehr DemonstrantInnen, um gegen geplante Bauobjekte zu protestieren. Rasch wurden daraus Protestbewegungen gegen die zunehmend autoritärere Regierung von Recep Tayyip Erdogan. Manche sahen – in Analogie zu Ägypten – bereits einen türkischen Frühling heraufdämmern.

Der Majdan-Platz in Kiew, der Platz der Unabhängigkeit, war bereits im Spätherbst 2004 Zentrum der damaligen Orangen Revolution gewesen,



die schließlich zur Aufhebung bzw. Neuaustragung der Präsidentschaftswahl führte. 2013 kam es erneut zu Demonstrationen, zu immer mehr Toten und Verletzten. Das vorläufige

Ende dieser Proteste war der Sturz von Präsident Janukowytch und in weiterer Folge die Abspaltung der Krim und deren Eingliederung in Russland.

Was war das nun: Revolution, Putsch, Staatsstreich?

Eine Revolution bedeutet die (meist) gewaltsame Umkehrung der Machtverhältnisse, einen generellen, (meistens) mit Gewalt durchgeführten, Wandel eines politischen Systems. Die Assoziationen gehen schnell zur Französischen Revolution oder zur Oktoberrevolution. In Frankreich bedeutete Revolution das Ende des Absolutismus und den Beginn des Siegeszuges von Aufklärung und Menschenrechten, im anderen Fall besiegelte die Revolution das Ende des zaristischen Russlands und den Beginn des Kommunismus in der späteren UdSSR. Manchen wird noch die Nelkenrevolution von 1974 in Portugal in Erinnerung sein, der – diesmal weitgehend friedliche – Sturz des faschistischen Regimes zugunsten der Demokratie.

Der Begriff *Putsch* stammt aus der Schweiz. Den Begriff *Putsch* gibt es im Englischen wie im Französischen, im Russischen wie im Tschechischen oder Polnischen. Am 6. September 1839 kam es zum Zürcher Putsch. Einige tausend Aufständische marschierten mit Knüppeln und Flinten bewaffnet in Zürich ein, um die freisinnige, ihrer Meinung nach gottlose Regierung zu stürzen. Als Putsch bezeichnet man seit damals einen Umsturz(versuch), der

Fortsetzung Seite 2

sich häufig gegen demokratisch verfasste Regierungen richtet.

Häufig wird der Begriff *Putsch* synonym mit Staatsstreich verwendet. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden ist aber, dass ein Staatsstreich von Verfassungseinrichtungen ausgeht. Wenn z.B. eine Regierung das Parlament auflöst und ohne Parlament weiterregiert, ist von einem Staatsstreich die Rede. Beide – Putsch und Staatsstreich – werden häufig, aber nicht notwendigerweise, von Militärs durchgeführt. Die Ausschaltung des Parlaments im März 1933 durch die Regierung Dollfuß war ein Staatsstreich, der NS-Putschversuch („Juliputsch 1934“), eben ein Putschversuch, der in der Ermordung Dollfuß‘ gipfelte.

Ägypten

Zurück zu Tahrir – Taksim – Majdan. Die Ergebnisse sind doch sehr unterschiedlich einzustufen. Zunächst gab es in Ägypten eine (kurze) Revolution. Der bis dahin amtierende Autokrat Mubarak wurde gestürzt. Kurz schien es, als ob Ägypten auf dem Weg zu einer demokratisch legitimierten Verfassung sei, bis die wiederum autoritäre Muslimbruderschaft Mohammed Mursis langsam daranging, diese ersten demokratischen Regungen wieder zu beenden. Der neuerliche Umsturz 2013 brachte das Militär unter al-Sisi an die Macht. Ob dies als Militärputsch bezeichnet werden kann bzw. muss, wird unterschiedlich beurteilt. Die USA sahen darin keinen Putsch, zahlreiche andere Beobachter aber sehr wohl. Und nach den 529 Todesurteilen von März 2014 meinte n-tv, dass die Methode Mubarak zurückgekehrt sei.

Türkei

Anders in der Türkei: Gezi-Park und Taksim-Platz schienen am Monument Erdogan rütteln zu können. Einmal mehr wurde deutlich, dass in der Türkei zwei große Gruppen einander gegenüberstehen: zum einen jene, die einen stärkeren Einfluss des Islam auch in der traditionell säkularen Politik der Türkei wünschen, zum anderen jene, die vehe-

ment an der Trennung von Religion und Staat festhalten möchten. Bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 2007 hatte dieses Thema hunderttausende von DemonstrantInnen und GegendemonstrantInnen in der Türkei bewegt. Nach der Niederschlagung der Proteste von 2013 schien das System Erdogan u.a. durch Korruptionsvorwürfe ins Wanken zu geraten – um nach den Kommunalwahlen Ende März 2014 allerdings deutlich gestärkt hervorzugehen. Erdogan scheint wieder fest im Sattel zu sitzen und die Präsidentschaftswahl 2014 – erstmals ausgetragen als Direktwahl – könnte Erdogan weiter stärken (oder aber neue Proteste mobilisieren).

Ukraine

Bleibt als drittes Beispiel die Ukraine. Die Revolution von 2013/2014 war (scheinbar und aufs Erste) erfolgreich: Der bis dahin amtierende Staatspräsident Viktor Janukowytsch musste abtreten. Eine neue Regierung wurde angelobt – die Probleme wurden aber nicht wirklich kleiner, sondern größer. Abgesehen von der katastrophalen wirtschaftlichen und finanziellen Lage begann die Ukraine zu bröckeln. Die Halbinsel Krim wurde von russischen „Selbstverteidigungskräften“ besetzt. Eine rasch anberaumte Volksabstimmung brachte ein wenig überraschendes deutliches Ja für die Loslösung von der Ukraine bzw. die daraus folgende Eingliederung in Russland. Die weitere Entwicklung der Ukraine ist schwer vorhersagbar.

Am Beispiel Ukraine aber zeigte sich noch eine weitere Facette: Die Protestbewegungen hatten mit dem Sturz des Präsidenten Janukowytsch ein gemeinsames Ziel. Insgesamt aber war die Oppositionsbewegung sehr heterogen, von liberalen, demokratisch orientierten Gruppierungen bis hin zu deutlich rechtsextremen und nationalistischen Gruppen wie der Swoboda.

Es ist kein Wunder, dass die Aufmerksamkeit für die Wahl zum Europäischen Parlament auch von der zeitgleichen spannenden Wahlausa-

dersetzung um die Präsidentschaft in der Ukraine abgelenkt wird.

Was ist demokratisch?

Eine zentrale Frage, die sich im Zusammenhang mit diesen Ereignissen stellt, ist jene nach unserem Demokratieverständnis. Schnell war Einigkeit zu bemerken, als es gegen Mubarak ging. Er hatte autoritär und korrupt geherrscht und Reformen in Richtung Demokratie weitgehend verhindert. Ob nun in Ägypten die Demokratie Einzug hält, muss allerdings bezweifelt werden. Generell ist ein Militärputsch kaum dazu angetan, großes Vertrauen in demokratische Strukturen zu wecken.

In der Ukraine gab/gibt es zwar diese rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Teile in der Oppositionsbewegung, es scheinen aber jene Gruppen, denen mehr und vor allem eine verfassungsmäßig garantierte Demokratie ein Anliegen ist, eine starke Stimme zu besitzen. Auch bei uns (im Westen) wurde der Sturz von Janukowytsch eher positiv als negativ gesehen.

In der Türkei wiederum scheint Erdogan mit immer restriktiveren Mitteln Liberalisierung und Demokratisierung zurückdrehen bzw. verhindern zu wollen. Jemand, der in Twitter und Facebook fundamentale Gefahren für die eigene Macht zu sehen meint, verspielt langfristig nicht nur politische Glaubwürdigkeit, sondern gibt sich selbst der Lächerlichkeit preis.

Bedrohlich ist in allen drei Fällen die jeweilige Spaltung der Gesellschaft und die daraus resultierende teilweise erbitterte Gegnerschaft. Es scheint nur wenig Kompromissbereitschaft zu geben, und die bestehenden Polarisierungen werden eher weiter auf- anstatt abgebaut.

ao. Univ.-Prof. Dr. Reinhold Gärtner
Institut für Politikwissenschaft,
Universität Innsbruck
reinhold.gaertner@uibk.ac.at

Wohin driftet die Schweiz?

Seit Ende der 1980er-Jahre verbreitet sich in der Schweiz ein finanzgetriebenes Verständnis, das extreme Kapitalgewinne akzeptiert und soziale Gegensätze legitimiert. Was passiert, wenn das so weiter geht?

Zwei Banken vereinen in der Schweiz die Hälfte des gehorteten Kapitals und dominieren mit zwei großen Unternehmen zusammen die entscheidenden Wirtschaftsverbände. Sie können sogar den Staat dazu bewegen, Verluste abzudecken, Steuervorteile zu gewähren und hohe Preise zu akzeptieren. So verschärft sich die soziale Brisanz. Dies auch deshalb, weil sich breite Bevölkerungskreise von einer rechtskonservativen Politik vereinnahmen lassen.

Rechtskonservative Politik

Die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) lancierte jüngst eine Initiative gegen die so genannte „Masseneinwanderung“. Sie verlangte, anstelle der Personenfreizügigkeit die Einwanderung aus der Europäischen Union (EU) wieder zu kontingentieren. Alle bürgerlichen und progressiven Parteien wandten sich in der Schweiz gegen das Ansinnen. Gleichwohl stimmten am 9. Februar 2014 knapp über fünfzig Prozent der Wählenden für die Initiative. Das überrascht. Zumal anno 2000 noch gut zwei Drittel an der Urne für die Personenfreizügigkeit votierten.

Klare Mehrheiten fanden sich in den Jahren 2005 und 2009 auch für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf neue EU-Staaten (Osterweiterung). Zwischenzeitlich wanderten dann mehr Personen ein als prognostiziert. Das erregte etliche Gemüter. Schlagzeilen über den so genannten „Dichtestress“ häuften sich, ebenso kritische Äußerungen über die EU, wie auch 1992. Damals stimmten ebenfalls 50,3 Prozent der Wählenden gegen einen Beitritt der Schweiz zum EWR. Beide Kampagnen initiierte und finanzierte der Milliardär Christoph Blocher. Als Unternehmer und Politiker kam er

2003 sogar in den Bundesrat. Seit seiner Abwahl 2007 setzt er mit seiner erstarkten SVP vornehmlich auf Opposition. Er wirft der „politischen und wirtschaftlichen Elite“ vor, das Volk an die diktatorische EU zu verraten, die die Schweiz mit Arbeitskräften überflute. Mit dieser Argumentation kommt die SVP vorwiegend bei der ländlichen Bevölkerung in der deutschsprachigen Schweiz an. Die Städte und die kulturell offenere Romandie wandten sich indes mehrheitlich gegen die Initiative. Ansonsten gelingt es der SVP aber recht gut, Angst zu schüren, um dann mit Heilsrezepten gegen die Verunsicherung anzugehen. Die SVP plädiert für mehr Ruhe und Ordnung. Sie vermittelt einfache Bilder, die komplexe Sachverhalte simplifizieren und pauschalisieren. Auf guten Boden fallen solche Strategien just bei Menschen, die materielle Abstiege erleben. Die SVP könnte sich zwar über die Begüterten empören. Oft entlädt sich ihre Wut jedoch an sozial Benachteiligten. Diese scheinen die eigentliche Bedrohung zu sein, wie die SVP auch in teuren Plakatkampagnen suggeriert.

Paradigmenwechsel

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten in der Schweiz breite Bevölkerungskreise einen materiellen Aufschwung. Der Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit begünstigte den sozialen Ausgleich. Dies auch im Sinne christlicher Soziallehren. Seit Ende der 1980er-Jahre vollzieht sich allerdings ein Paradigmenwechsel. Eine finanzliberale Haltung überlagert die politisch liberale. Und damit verbreitet sich eine neue Gläubigkeit. Der Markt bestimme den Wert der Arbeit, lautet das Credo. Seither verstärken sich vier Trends:

Erstens nimmt die Erwerbslosigkeit zu. Wenn Maschinen manuelle Arbeit ersetzen, könnte uns das zwar mehr Zeit und Geld beschern, zumal die Produktivität steigt. Es hapert aber mit der Verteilung. Zweitens halten Teile der nominell steigenden Löhne mit den Lebenshaltungskosten nicht Schritt.

Das führt vor allem zu mehr erwerbstätigen Armen (Working Poor). Drittens orientiert sich das System der sozialen Sicherheit einseitig an der Erwerbsarbeit. Es ignoriert neue Lebenslagen. So geraten viele Alleinlebende, Alleinerziehende und Familien mit Kindern in Bedrängnis. Dies auch deshalb, weil die Schweiz laut Bundesamt für Sozialversicherung (Bern 2013) seit dem Jahr 2004 trotz enorm steigenden Reichtums weniger Anteile des Bruttoinlandproduktes für die soziale Sicherheit ausgibt. Viertens erhöht sich die soziale Kluft bei den privaten Vermögen. Und das politisch-demokratische Korrektiv ist nur beschränkt in der Lage, die soziale Polarisierung zu verhindern.

Mindestlöhne

In der Schweiz verdienen 330 000 Personen weniger als 4.000 Franken im Monat. Teils können sie sich keine Familie erlauben – ihr Verdienst reicht nicht aus. Andere haben eine Familie, aber große Mühe, ihre Miete zu bezahlen. Hinzu kommen auch noch die Auslagen für die Kinder – das bedeutet Stress. Und das inmitten einer überaus reichen Gesellschaft.

Geld ist in der Schweiz genug vorhanden. Aber mit der Verteilung hapert es. Früher reichte ein Alleinverdienst, um eine vierköpfige Familie zu ernähren. Heute benötigen im Niedriglohnbereich immer mehr Menschen mehrere Jobs. Eltern gehen dann nebst den Erziehungsarbeiten noch zusätzlich putzen oder servieren. Das erhöht den Druck und beeinträchtigt die Gesundheit.

Gleichwohl dürfte am 18. Mai 2014 die Mehrheit der Stimmbevölkerung den geforderten Mindestlohn ablehnen. Das schwächt den sozialen Zusammenhalt.

Dr. Ueli Mäder
Ordinarius für Soziologie an der Universität Basel und Professor an der Hochschule für Soziale Arbeit
ueli.maeder@unibas.ch

Finanzkrise: Wer hat gewonnen?

Von allen Regionen der Welt hat die Finanz- und Wirtschaftskrise Europa am schwersten getroffen. Dafür gibt es vier Hauptursachen:

1) In der EU hat die Politik den Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung mit der Kürzung von Reallöhnen, Sozialleistungen und sonstigen Staatsausgaben zu bekämpfen versucht, und so die Krise weiter vertieft (in den USA wurde auf einen solche „Austeritätspolitik“ verzichtet).

2) Der „Spekulationsspielraum“ von Banken, Hedge Funds und sonstigen „Finanzalchemisten“ wurde in der EU – im Gegensatz zu den USA – nicht eingeschränkt.

3) Die Organisation der EU als Staatenbund, von denen (nunmehr) 18 Länder eine gemeinsame Währung haben, erschwert eine energische und gemeinschaftliche Krisenbekämpfung.

4) Diese drei Probleme wurden dadurch massiv verschärft, dass in der EU die neoliberale Weltanschauung das Denken und Handeln der Eliten in Wissenschaft, Medien und Politik in ungleich höherem Ausmaß prägt als in den USA (das Fundament der EU sind die gemeinsamen Märkte und Marktfreiheiten, nicht aber der soziale Zusammenhalt).

VerliererInnen von 2009

Die Finanzkrise und der Wirtschaftseinbruch 2009 trafen die gesamte Weltwirtschaft. Nur in der EU vertieften sich die Probleme danach weiter: Die Spekulation auf einen Staatsbankrott sprang von Griechenland auf andere Länder wie Portugal, Spanien und Italien über, der Rettungsschirm verordnete strenges Sparen sowie Lohnkürzungen, die Wirtschaft dieser Länder schlitterte in eine Depression. Dies sowie die anhaltend hohen Zinsdifferenzen zwischen den „Problemländern“ in Südeuropa und den „guten“ Ländern im Norden führten in die Eurokrise.

Gleichzeitig nahm die Staatsverschuldung in nahezu allen EU-Ländern zu, am stärksten in jenen, die am härtesten gespart hatten. Darauf wurde der

„Fiskalpakt“ beschlossen, der zu weiterem Sparen verpflichtet. Unter diesen Umständen schlitterte die gesamte EU 2011/12 neuerlich in eine Rezession, die Arbeitslosigkeit stieg auf das höchste Niveau seit den 1930er Jahren, ein „echter“ Wirtschaftsaufschwung ist nicht in Sicht (in den USA wächst die Wirtschaft hingegen seit vier Jahren wieder).

Wer hat nun von den „Teilkrisen“ profitiert, wer sind die HauptverliererInnen gewesen?

Von der Finanzkrise 2009 haben nur jene „Finanzalchemisten“ profitiert, die auf fallende Aktienkurse und Rohstoffpreise gewettet haben, verloren haben alle, die direkt oder indirekt (via Pensionsfonds, etc.) Aktien halten, weiters die RohstoffproduzentInnen, die HausbesitzerInnen in den USA, Irland und Spanien (nicht nur durch sinkende Vermögenswerte, sondern auch durch Massendelogierungen, insbesondere in den USA). Nicht zuletzt werden die Lohn- und MehrwertsteuerzahlerInnen bisher und noch viele Jahre zur Kasse gebeten. Denn die Bankenrettung hat hunderte Milliarden gekostet, die Politik konnte sich aber nicht dazu durchringen, jene, deren Vermögen indirekt gerettet wurde, an den Kosten stärker zu beteiligen.

Vom Wirtschaftseinbruch 2009 hat „naturgemäß“ keine Gruppe profitieren können, doch waren die Verluste sehr ungleich verteilt: Am stärksten belastet wurden jene, die ihren Arbeitsplatz oder ihr Unternehmen verloren.

Ähnliches gilt für die Eurokrise und die mit ihr verbundene neuerliche Rezession in Europa. Die HauptverliererInnen waren und sind die Menschen in Südeuropa, deren Sozialsysteme schrittweise zerstört werden (in Griechenland haben 40 % der BürgerInnen keine Krankenversicherung mehr!). Der – relative – Gewinner ist Deutschland, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch und gerade politisch.

Realkapital contra Finanzkapital

Begreift man die „Teilkrisen“ in ihrer

Gesamtheit als einen Prozess, so stellen die letzten fünf Jahre nur die letzte Phase eines langfristigen Weges in eine Systemkrise dar. Seinen Ausgangspunkt nahm dieser Weg Anfang der 1970er Jahre mit der Aufgabe des Systems fester Wechselkurse. In mehreren Etappen verwandelte sich das „realkapitalistische“ System der 1950er Jahre in die „finanzkapitalistische“ Spielanordnung der letzten Jahrzehnte. Im Realkapitalismus – also bei festen Wechselkursen, stabilen Rohstoffpreisen, niedrigen Zinssätzen, „schlafenden“ Börsen – konnte sich das Gewinnstreben nur durch unternehmerische Aktivitäten entfalten. Dies ermöglichte gemeinsam mit den Zielen Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Sozialpartnerschaft eine historisch einmalige Performance (das „goldene Zeitalter“ des Kapitalismus). Mit diesem Erfolg verschob sich allerdings gesellschaftliche Macht von den UnternehmerInnen zu Gewerkschaften und zur Sozialdemokratie, der Zeitgeist drehte nach links.

In die Defensive gedrängt wandten sich Unternehmer(vertreter)Innen seit den späten 1960er Jahren wieder jener Ideologie zu, für die Gewerkschaften und Sozialstaat das Hauptübel darstellen: dem Neoliberalismus. Mit seiner Forderung nach „Befreiung“ der bis dahin strikt regulierten Finanzmärkte erweist sich diese Ideologie als eine im Interesse des Finanzkapitals und nicht des Realkapitals. Die Verlagerung des Gewinnstrebens von der Realwirtschaft zu Finanzveranlagung und -spekulation ließ das Wirtschaftswachstum sinken und Arbeitslosigkeit sowie Staatsverschuldung steigen.

Noch gewinnt der Neoliberalismus

So gesehen, sind die HauptgewinnerInnen der Krise die VertreterInnen des Neoliberalismus sowie jene, deren Interessen durch diese Ideologie legitimiert werden: die BesitzerInnen großer Finanzvermögen (dazu gehören mittlerweile auch Industriekonzerne). Allerdings mit Ablaufdatum: Im Finanzkapitalismus werden syste-

matisch Finanzvermögen geschaffen, die keine realwirtschaftliche Deckung haben (etwa überbewertete Aktienkurse, insbesondere aber die Staatsanleihen). Daher zerstört sich ein solches System früher oder später selbst, nämlich durch eine massive Entwertung dieser Vermögen.

Fazit: In einer „falschen“ Spielanordnung verlieren letztlich alle.

Dr. Stephan Schulmeister
Wirtschaftsforscher und Universitäts-
lektor in Wien
Austrian Institute of Economic Research (WIFO)

Auf den Spuren des Geldes

Studienfahrt nach Wien – Di., 23. September 2014

Woher nimmt der Staat das Geld, das er dann wieder (anders) verteilt? Nach welchen Kriterien werden die Budgets Österreichs erstellt? Welche Wege nimmt Geld, welche Funktionen erfüllt es, welchen Mechanismen folgt es, und warum konzentrieren sich Vermögen immer mehr? Wer beeinflusst die Finanzströme, und welche Alternativen zum derzeitigen System gibt es? Auch der Besuch des Geldmuseums steht auf dem Programm.

Referenten:

- **Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger**, ehem. Chef Budgetsektion Finanzministerium
- **Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny**, Gouverneur Oesterreichische Nationalbank
- **Dr. Helmut Berg**, Oikocredit Austria

Abfahrt: Wels Hauptbahnhof 7:15 Uhr / Linz 7:29, Rückkehr: ca. 20:00 Uhr
Kosten: ca. 60 Euro (Kursbeitrag und Fahrtkosten)

Veranstalter: Sozialreferat der Diözese Linz, Bildungshaus Schloss Puchberg, Haus der Frau Linz

Info/Anmeldung: sozialreferat@dioezese-linz.at, (0732) 76 10 - 32 51 bis 15. 9.

PROBE-ABONNEMENT

3 Ausgaben kostenlos
gültig innerhalb Österreichs - endet automatisch

ANALYSEN / HINTERGRÜNDE / ALTERNATIVEN



7 Nachrichten



2 Dossiers

Auswahl der Themen 2013/2014

Energiearmut • Interreligiöse Zusammenarbeit • Finanzmärkte • Frauenbewegung • Gutes Leben • Solidarische Ökonomie • Zeitwohlstand

Bestellung: abo@ksoe.at, +43-1-310 51 59
Informationen zum Jahresabonnement: www.ksoe.at

ksoe
Katholische
Sozialakademie
Österreichs

Sozialwort 10+

2. Dialogveranstaltung

Fr., 10. Oktober 2014
14 bis 19 Uhr

4600 Wels, Cordatushaus
Martin Luther Platz 1

Was sind die Zeichen der Zeit? Vor welchen gesellschaftlichen Herausforderungen stehen wir heute und mit dem Blick auf die kommenden Jahre? WOFÜR, WIE und MIT WEM sollen sich die christlichen Kirchen in den kommenden Jahren besonders engagieren? Das sind die zentralen Fragen, um die es beim Projekt „sozialwort 10+“ und der zweiten Dialogveranstaltung des Projekts gehen wird.

Alle Interessierten sind eingeladen, daran teilzunehmen!

Info/Anmeldung:
sozialwort@ksoe.at
(01) 310 51 59 – 82

Ohne Wachstum kein Wohlstand?

Glaubt man, was tagtäglich von Politik, Medien und Wirtschaftswissenschaft verkündet wird, dann gibt es auch heute wie zu Zeiten von Margaret Thatcher und Gerhard Schröder keine Alternative: Ohne Wachstum kein Wohlstand!

Genug, zu wenig, zu viel

Es hungern fast eine Milliarde Menschen. Muss deshalb die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden? Keineswegs, werden doch jährlich für fast 12 Milliarden Menschen Nahrungsmittel produziert, und laut Weltnahrungsmittelbericht könnte das sogar mit einem geringeren Input an fossiler Energie und chemischen Mitteln erreicht werden.

Das Einkommen der Menschen in den Industrieländern ist jahrzehntelang regelmäßig gestiegen – das der ohnehin Einkommensstärkeren noch mehr als das der Armen. Sind die Menschen in diesen Ländern, oder doch zumindest die Reichen dort, glücklicher als zuvor? Keineswegs, zahlreiche Studien zeigen, dass Glück und Zufriedenheit mit steigendem Einkommen nur noch sehr mäßig wachsen, wenn erst einmal ein Niveau erreicht ist, mit dem die wichtigsten Bedürfnisse abgedeckt sind.

Die Krisenabfolge der letzten Jahre (Immobilien-, Banken-, Weltwirtschafts-, Eurokrise) hat rund um den Globus Menschen verarmen lassen, Sozialsysteme zerstört, Arbeitsplätze vernichtet. Ist der einzige Ausweg, um den Armen einen Anteil zukommen zu lassen, eine Steigerung der Produktion? Keineswegs, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat jüngst erneut nachgewiesen, dass die Wahrscheinlichkeit von Wirtschaftskrisen nicht mit der Gesamtproduktion zusammenhängt, sondern mit der ungleichen Verteilung.

Auch Umverteilung wäre also eine Option. Angesichts dessen, dass die privaten Geldvermögen das globale Bruttosozialprodukt (BSP) um mehr als die Hälfte übertreffen, erscheint sie auch gesamtwirtschaftlich mach-

bar. Die Zugänge zur Befriedigung materieller Bedürfnisse und zu sozialer Sicherheit sind offensichtlich ungleich. Obwohl sich alleine in den letzten zehn Jahren das globale BSP von 37 auf 74 Billionen US-Dollar verdoppelt hat, verfügen Milliarden Menschen oft nicht über das Nötigste. Nicht nur im Namen der Gerechtigkeit, sondern auch aus Gründen der sozialen und ökologischen Stabilität kann und muss das Augenmerk auf die Reduktion der Ungleichheit und nicht auf das Wirtschaftswachstum gerichtet werden.

Trotz eklatanten Mangels, unter dem viele Menschen leiden, ist die Welt heute schon voll von Dingen, die niemand wirklich braucht, wie Atom- oder Gentechnologie oder gepanzerten Geländewagen mitten in der Stadt, Plasmafernseher in jedem Zimmer oder Erdbeeren im Winter. Obwohl die Entscheidung, ob und wie ich selbst diese Dinge nutze, keineswegs belanglos ist, rede ich nicht dem individuellen Verzicht das Wort. Da könnte es leicht passieren, dass wieder die Armen diejenigen wären, die zu kurz kämen.

Regionale, ökologische Lösungen

Mir geht es darum, dass es in unserer Welt genug für alle gibt. Es gibt ausreichend Nahrungsmittel, sodass niemand hungern muss. Die Wirtschaft verfügt über Kapazitäten, die eine umfassende Versorgung mit Gebrauchsgütern dauerhaft sicherstellen können. Es gibt das Wissen um ökologisch verträgliche und dauerhafte Formen der Produktion (und es kommt täglich neues hinzu).

In vielen Bereichen sind diese den herkömmlichen sogar überlegen, was die Befriedigung konkreter Bedürfnisse betrifft. Eine Landwirtschaft zum Beispiel, die in der Region stattfindet, auf lange Transportwege verzichtet, ist nicht nur ökologisch verträglicher als industrielle Monokultur, sie bringt auch schmackhaftere Erzeugnisse hervor und schafft langfristige Versorgungssicherheit. Längst existieren nicht nur für den Nahverkehr Mobilitätskonzepte, die alle schnell und sicher ans Ziel bringen würden, dennoch weni-

ger Rohstoffe und Energie verbrauchen und die Umwelt weniger belasten, als wenn jede und jeder mit dem eigenen Auto im Stau steht. Genossenschaftliche Wohnbauvereine oder öffentliche Sozial- und Gesundheitssysteme schaffen barrierefreie oder -arme Zugänge zu wichtigen Leistungen, stellen Versorgungssicherheit her und sind billiger als private Marktlösungen. Ohne erkennbare Verluste in der Qualität könnten mit anderen Versorgungskonzepten umfassende ökonomische Ressourcen eingespart werden.

Was hindert uns?

Und warum geschieht das nicht, wenn es so einfach ist? Ich will es mir nicht zu einfach machen und schlicht darauf verweisen, dass jede nicht getätigte Produktion mit folglich anschließend auch unterbliebenem Verkauf ebenfalls ein nicht realisierter Gewinn eines privaten Investors ist. Das stimmt und darin besteht ein Teil des Problems. Umverteilungskonzepte und „genug für alle“ mögen zwar im Interesse der Armen, der Umwelt und der Nachhaltigkeit sein, im Interesse derer, die Geld mit immer neuer Produktion verdienen, sind sie nicht. Die politische Auseinandersetzung darum wird schwer genug.

Aber eine Gesellschaft sozialer Sicherheit und Teilhabe auf der Basis des „Genug für alle“ muss ein zentrales Gestaltungselement aufgeben: nämlich das Konzept umfassender Erwerbsarbeit. Das ist für viele von uns noch undenkbar. Bei rasant steigender Produktivität benötigen wir immer weniger Zeit, um die notwendigen und sinnvollen Dinge herzustellen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen gehört zu einer Gesellschaft jenseits des Wachstums dazu.

Werner Rätz
gehört zum bundesweiten Koordinierungskreis von Attac Deutschland.
Artikel zum Grundeinkommen unter
www.archiv-grundeinkommen.de

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

G.I. Marković (Hg.): Der große Krieg. Der erste Weltkrieg im Spiegel der serbischen Literatur und Presse. Pro-media Verlag, Wien 2014, 272 Seiten. € 19,90

Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg, von vielen als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Dieses Buch beschreibt die serbische Seite, und zwar in Tagebucheinträgen, Memoirliteratur, Erinnerungen von Zeitzeugen, Gedichten, Erzählungen und Romanauszügen aus den Jahren 1914 bis 1918. Für Deutschsprachige ergibt sich somit ein völlig neuer Blickwinkel auf die tragischen Ereignisse. Alle hier vertretenen Autoren befanden sich mitten im Kriegsgeschehen in Serbien oder mit der serbischen Armee im Exil. Daneben gibt es einführende Essays und kurze literarische Hinweise vor den einzelnen Kapiteln sowie Fotos aus dem 1. Weltkrieg. Insgesamt eine wichtige und interessante Ergänzung unseres Geschichtsbildes.

P. Sukhdev: Corporation 2020. Warum wir Wirtschaft neu denken müssen. oekom-Verlag, München 2013, 289 Seiten. € 19,95

Neues Denken darf nicht mehr Wachstum in den Vordergrund stellen, sondern Gemeinwohl und Nachhaltigkeit. Pavan Sukhdev, ehemaliger Top-Manager der Deutschen Bank, fordert von den Unternehmen, ihre externen Kosten wie Umweltverschmutzung, Verbrauch von Ressourcen selbst zu tragen. Ebenso müssten die Unternehmensstrukturen verkleinert werden, das Fremdkapital begrenzt und eine neue Ehrlichkeit auf der Managementebene einziehen, auch bei der Werbung. All das müsste bis 2020 realisiert werden, um nicht an die Grenzen der Tragfähigkeit unseres Planeten zu stoßen. Deshalb der Name „Corporation 2020“. Es geht nicht um die Abschaffung des Kapitalismus, sondern um ein rücksichtsvolleres Wirtschaftssystem. Der

Autor ist überzeugt, dass eine andere Wirtschaft möglich ist. Ein Hoffnungszeichen ist für ihn das zunehmende zivilbürgerschaftliche Engagement.

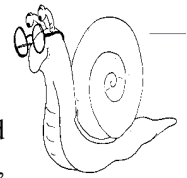
P. Finke: Citizen Science. Das unterschätzte Wissen der Laien. oekom-Verlag, München 2014, 239 Seiten. € 19,95

Wissenschaft und Forschung wird meistens mit Universitäten, Forschungsinstituten usw. in Verbindung gebracht. Dieses Buch zeigt, dass auch Laiinnen und Laien (mit fundierten Sachkenntnissen) aus Neugier und Interesse zu großen Leistungen imstande sind. Häufig behandelt diese Forschung lebenspraktische Probleme, was weniger ein Qualitätsmangel, sondern vielmehr ein Qualitätsmerkmal ist. Bedeutende Forschungsergebnisse sind auf „Laien“ zurückzuführen: Charles Darwin und Gregor Mendel waren z.B. keine Berufsforscher, sondern Amateure. Und auch das System Wikipedia wäre ohne interessierte BürgerInnen nicht möglich. Der Autor würdigt die nichtprofessionelle Forschung und gibt ihr den gebührenden Platz in der Wissenschaft.

M. Schulz: Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance. Rowohlt Verlag, Berlin 2013, 272 Seiten. € 19,95

Ende Mai 2014 wählen wir ein neues EU-Parlament. Der derzeitige Parlamentspräsident Martin Schulz benennt schonungslos die Defizite der EU, andererseits führt er auch die positiven Seiten der EU an, für die es sich lohnte, das derzeitige Aussehen der EU zu verändern. Dass einzelne, verhältnismäßig kleine europäische Staaten es schwer haben im wirtschaftlichen Wettkampf mit großen Konkurrenten wie USA, China und Japan, ist für Schulz ein wichtiges Argument für die EU. Aber um bestehen zu können ist es notwendig, eine einheitliche Währungs- und Finanzpolitik, Umwelt- und Immigrationspolitik einzuführen und die Demokratie auszubauen. Schulz warnt eindringlich vor den Folgen eines Zerfalls der EU, der mit höherer Arbeitslosigkeit aufgrund des Verlustes des Binnenmarktes verbunden wäre. Alles in allem eine engagierte Kampfschrift für eine veränderte EU.

Verfehlt Tierliebe



Großes Jaulen und Maulen erhob sich, als man im Kopenhagener Zoo eine Giraffe tötete und den Löwen vorwarf – vor Kinderaugen! Die wiederum (die Löwen, nicht die Kinder) wurden kurz darauf aus Altersgründen eingeschläfert. Ungleichende Gerechtigkeit blieb aus, da die Löwenkadaver nicht zu Giraffenfutter wurden.

Ich aber sage: Na und?!

Nachvollziehbar, dass man den Kindern lieber anrührende Tieridyllen vorführt. In meiner Autobiographie schlummert in einer dunklen Ecke die Erinnerung an das Sauschlachten beim Nachbarsbauern. Auch lade ich herzlich dazu ein, den Anlass für eine Debatte über Tierhaltung in Zoos zu nutzen.

Jetzt kommt schon das Aber. Es ist ein großes Aber! Wer Zoo-Mord anprangert und dann ins Schnitzisemmi beißt, soll nämlich, wenn's leicht geht, stille schweigen und sehr tief in sich gehen. Mehr als die entlebten Zootiere enervieren nämlich groteske Doppelstandards: Hühner essen, Giraffen nicht? Schon mehrere Jugendliche haben mir treuherzig versichert, sie würden keine Kälbchen essen, weil die schauen so lieb. Ich möchte dann immer streng werden und sagen: „Und siehst du, deswegen darfst du nicht wählen!“ Bei Menschenwelpen bleibe ich aber gnädig und sage sachte: „Eine alte Kuh schaut auch noch recht lieb aus ihrem Pelz heraus.“ Warum soll ein Schwein essbarer sein als ein Hund? Ich kann die Chinesenschelte auch nicht mehr hören. Ein flauschiger Pelz ist keine ethische Richtschnur. Wenn schon Fleisch, dann auch Hundkatzenmaus – seien wir uns ehrlich!

An sich finde ich die Vegetarierdebatte abgefrühstückt. Ich esse seit dem vorhergehenden Jahrtausend kein Fleisch, tun Sie es mir nach oder nicht, das überlasse ich ganz Ihnen. Nur bitte erheben Sie nicht Niedlichkeit zum moralischen Kriterium. Dankschön.

Ihre Weinbergsschnecke

GZ 02Z031665 M